

Wiesbadener Volksblatt

Fernsprecher: In Wiesbaden Nr. 636,
in Oestrich Nr. 6, in Eltville Nr. 216.

Dienstag
19
Mai

Herausgeber: Dr. phil. Franz Sencke
Verantwortlich: für Politik und Geschichte: Dr. Frz. Sencke; für den anderen
redactionellen Theil Julius Ciesse; Deutsch: für Geschichte und Kunst: Dr.
H. J. Dohmen. Druck: in Weiden. Verlagsbuchhandlung und Verlag von
Germann Nach in Weiden.

32. Jahrgang.

Berlin, 1. Nov. Die Sozialdemokratie hat es darauf abgesehen, den Präsidenten des Reichstages, Dr. Kämyß, zu überzeugen. Das beweisst auch ein Vorfall in einer der letzten Reichstags-sitzungen, bei dem der Abg. Scheidemann seine Sehnsucht nach den Zeiten Vollerstrens ausgesprochen hat. Nun ist es nicht zu leugnen, daß Scheidemann den Beifall fast aller Parteien erhalten hat. Dennoch haben die konservativen Blätter, unzufrieden mit der Haltung ihrer Parteigenossen im Reichstag, erklärt, es könne unmöglich jemand einem Sozialdemokraten Beifall gestiftet haben, umso mehr, als Herr Kämyß sein Amt mit Vorzucht ~~aus~~ Wollen versehe. Darüber sind die Sozialdemo-

legt; vom Schöffengerichte war er deshalb nur zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt worden, wobei ihm Trunkenheit als Milderungsgrund angerechnet wurde. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hat nunmehr die Strafkammer den Angeklagten zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht ging dabei von dem nicht nur Berechtigten, sondern unbedingt gebotenen Gesichtspunkte aus, daß Wachtposten gegen solche Angriffe wirksam geschützt werden müßten.

Kirchliches

Wiedenstadt, 18. Mai. Die Beerdigung des verstorbenen Herrn Pfarrers Jos. Salz findet am Mittwoch, den 20. Mai, statt. Das feierliche Requiemamt beginnt um 10 Uhr vormittags, darauf die Beerdigung.

Niedernhausen, 18. Mai. Den katholischen Teilnehmern an der am Himmelfahrtstage auf Oberjochbader Klur erfolgten feierlichen Grundsteinlegung des Erholungsheimes für Kaufleute diene zur Nachricht, daß in der Kirche zu Niedernhausen an genanntem Tage um 7 und 8½ Uhr Gelegenheit zum Besuche des pflichtmäßigen Gottesdienstes gegeben ist.

Rom, 18. Mai. Der Erzbischof von Köln, Felix v. Hartmann, ist heute Abend hier eingetroffen.

Rom, 18. Mai. Zum heutigen Generalkapitel des Römischen Ordens wurde zum Generalvikar für die deutschsprachlichen Provinzen der bayerische Provinzialpater Seno gewählt. Morgen ist Generalkapitel.

Von Lahn und Westerwald

Eschhofen, 18. Mai. Bei der am Samstag hierseits vorgenommenen Wahl eines Ersatzmannes für den aus der Gemeinderatsvertretung freiwillig ausgeschiedenen Jos. Dieffenbach erhielt der Landmann Joseph Rutz und der Landmann Joseph Rutz die gleiche Stimmenzahl, jedoch nach den Bestimmungen der Landgemeindeordnung eine Stichwahl hätte stattfinden müssen. Eine solche wurde jedoch nicht für notwendig erachtet, sondern gleich eine Entscheidung durch das Los herbeigeführt, welches auf den Landwirt Josef Rutz fiel. Wegen dieses Verstoßes gegen die Landgemeindeordnung wird gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch erhoben.

Limburg a. d. L., 18. Mai. In der „Alten Post“ bahnt sich gestern der Delegiertentag des „Rheinischen Sängerbundes“ an. Nach Vortrag der Begrüßungsrede „Waldsiedler“ und „Matrosenbräut“ durch den Sängerverein „Eintracht“ eröffnete der Bundesvorsitzende, Herr J. J. in Hedderheim, mit einer Begrüßung der Teilnehmer die Sitzung. Von den 39 dem Bunde angeschlossenen Vereinen waren 32 vertreten. Nach Verlesung des Protokolls erstattete der Schatzmeister den Kassienbericht. Der Vermögensbestand beträgt 356 Mark. Der Bundesbeitrag wurde auf 5 Mark pro Jahr und Verein und der Beitrag zum deutschen Sängerbund pro Mitglied auf 10 Pf. festgesetzt. Hierauf berichteten die Vorsitzenden der Bezirksgruppen über den Besuch der Sängertage. Der Besuch war allgemein ein durchaus guter. Diefen Bericht schloß sich die Beratung der eingegangenen Anträge an. Die Anträge Hedderheim, „daß selbstgewählte Chöre zum Wettgesang nur dann zugelassen werden sollen, wenn der Verein in den letzten 10 Jahren weder auf einem Bundeswettbewerb noch auf sonstigem Wettstreit einen Preis damit errungen habe“, und „daß von Vereinen keine eigene Komposition ihres Dirigenten zum Vortrag gebracht werden dürfe“, wurden abgelehnt. Beim Auszug von Kompositionen als Preisrichter soll der Vorstand es möglichst vermeiden, daß der Komponist Preisrichter über eigene Werke ist. Ein Antrag des Sängervereins Hedderheim, „daß die Bundeswettstreite in ihrer Dauer auf einen Tag zu beschränken“ und die alljährlich regelmäßig im Monat Mai abzuhaltende Delegiertenversammlung auf die Nachmittagsstunden anzusetzen“ wird ebenfalls abgelehnt. Ein weiterer Antrag von Hedderheim, „der Komponist vom aufgelegten Preischor soll möglichst als Preisrichter zugelassen werden“ und ein Antrag Hedderheim, „daß alle Strophen der Preischöre vorgetragen werden“, wurden angenommen, desgleichen ein Antrag des Sängervereins „Harmonie“, „Mitglieder, die 25 Jahre dem Bund als Mitglieder angehören, in entsprechender Weise zu ehren“. In welcher Weise diese Ehrung vor sich gehen soll, bleibt dem Vorstand überlassen. Nach kurzer Besprechung einiger minder wichtiger Punkte schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Rheinischen Sängerbund die Tagung.

Limburg a. d. L., 18. Mai. Gestern traf der „Eisenbahnverein Wiesbaden“ in zwei Sonderzügen zum Besuch unserer Stadt hier ein; es waren etwa 2000 Personen. Unter Vorantritt einer

Musikkapelle gab es zunächst einen Rundgang durch Limburg und dann gefällige Rast und Bewirtung im Gartenrestaurant „Zur Wilhelmshöhe“. In größeren und kleineren Gruppen wurden die Sehenswürdigkeiten Limburgs, insbesondere der Dom, besichtigt. In besser Stimmung traten die Wiesbadener Ausflügler abends um 8,40 bezw. 8,50 Uhr wieder in Sonderzügen die Rückreise an. **Weilburg, 18. Mai.** Am gestrigen Sonntag fand die Amtseinführung unseres neuen Pfarrers, des Herrn Erpfritus Herr aus Eiterstadt statt. Vor Beginn des Hochamts hielt Herr Dekanator Gernold aus Friedhofen, dem die Einführung in Vertretung des erkrankten Herrn Dekans Franz in Hadamar oblag, die Festpredigt. Er gab zunächst einen Rückblick über die langjährige, gesegnete Amtstätigkeit des verstorbenen Herrn Pfarrers Gombert, um dann auf die gegenseitigen Pflichten des neuen Pfarrers und seiner Gemeinde hinzuweisen. Nach der Predigt überreichte Herr Dekanator Gernold Herrn Pfarrer Herr vor dem Altar als äußere Sinnbilder seiner Amtstätigkeit das Evangelienbuch und den Schlüssel der Kirche. Die Feier des Weihenamts wurde erhöht durch die Gesänge des wohlgeschulten Jungfrauenchores.

Fräkt, 18. Mai. Heute fand hier eine Gedächtnisfeier am Grabe des Freiherren vom und zu Stein statt. 51 Kriegervereine waren erschienen, über 300 Personen konnte man zählen. Der ergebende Vorgang vollzog sich bei schönstem Wetter programmäßig zu aller Freude unter Ansprachen und Chorgesang. Höchst war von Besuchern geradezu erfüllt. — Nach der Feier fand ein Delegiertentag statt.

Marienkast, 18. Mai. Der heutige Tag brachte uns den 50. Jahrestag der Wiedererwerbung Marienkasts. Das 1222 erbaute Zisterzienser Kloster wurde 1803 säkularisiert, 1830 an eine deutsche-englische Bergwerksgesellschaft verkauft und 1842 in zerfallenden Zustand von der Rast. Regierung wieder angekauft. Am 18. Mai 1864 sollte durch eine Versteigerung das Los fallen, ob Marienkast zur Fabrik oder Strajankast herabgewürdigt oder ob es seiner ersten religiösen Bestimmung wieder zurückgegeben werden sollte. — Unser hochverehrter Bischof (der Dekanator) Peter Joseph Blum war selbst am Versteigerungstag in Marienkast eingetroffen. Um 11 Uhr vormittags begann die Versteigerung. Nach Verlesung der Verkaufsbedingungen tat der Bischof selbst das Mindestgebot von 2000 fl. Es folgte ein Augenblick banger Erwartung. Niemand jedoch wagte ein weiteres Gebot und der Hochw. Herr erhielt den Zuschlag. Alsobald erhob sich nicht endemündendes Bravo- und Hochrufen im Saal, das sich bei dem draußen harrenden Volke fortsetzte. Voller Freude und Dankbarkeit stimmten mit freudigem Friede in den allgemeinen Jubel ein. — Der Kongregation vom St. Geist war es vergönnt, von 1864—1873 das halb zerfallene Kloster wiederherzustellen, bis 1873 der Kulturkampf ihrem segensreichen Wirken ein Ende bereite. Da stand Marienkast vor einer neuen Krise. Nur mit Mühe und unter großen Opfern gelang es, die von den Vätern vom St. Geist bisher geleitete Erziehungsanstalt als Diözesananstalt fortzuführen, bis 1888 der Zisterzienserorden die Abtei wiedererwarb, die am 18. Mai 1864 vom drohenden Untergang gerettet wurde. Aus Anlaß der Wiedererwerbung Marienkasts vor 50 Jahren hat P. Jos. A. Hagel aus der Kongregation der Mönche vom Heiligen Geist eine Festschrift erscheinen lassen.

Limburg a. d. L., 18. Mai. Ueber „alte und moderne“ Bauweise ließ sich jüngst in öffentlicher Versammlung zu Limburg Herr Architekt F. Scheid, Oberlehrer an der Rast. Baugewerkschule zu Frankfurt a. M. in folgender Weise aus: „... Es ist eher ein Zeichen von Schwäche, wenn man die schönen Bauten der Vorfahren beseitigt und damit den Maßstab des Vergleichens. Nur ein prägnantes Beispiel: Eine der größten Veränderungen und Entstellungen erleidet das Aussehen und der Charakter der Dörfer unserer Heimat durch die Beseitigung des alten, althergebrachten, in seiner Erscheinung herrlichen Strohdach. Ich stehe nicht an, zu sagen: das beste, billigste, bodenständigste und schönste Dach, das es für die Dörfer z. B. des Westerwaldes gibt, ist das „Strohdach“, technisch begründet. Außerordentlich leicht, daher sehr einfache Dachkonstruktionen voraussetzend, die sehr billig zu stehen kommen. Von innen her, wegen der ausgezeichneten Feuerungsgefahrlichkeit aller Baumaterialien, des Holzes, fast nicht entzündbar. In der alten Art der Ausführung von der Außenseite her feuergefährlich, aber heute mit Hilfe von Imprägnierung, die sich durch zahlreiche Versuche in Norddeutschland aufs Beste bewährt hat, so ungefährlich, wie jedes andere Dachmaterial auch. Daß es mit der Gefährlichkeit des Strohdaches nicht gar so weit her sein kann, beweist auf das Schlagende, daß noch heute, gerade im Westerwald, es noch Gegenden gibt, wo man nahezu nur Strohdächer sieht und zwar, um auf die schließliche Wirkung einzugehen, von einem Reiz und künstlerischen Wirkung, die geradezu überwältigend ist. Da das Strohdach außerdem im Sommer einen

kühlen Aufenthalt in Haus und Stall bewirkt und im Winter Wärme spendet, so ist das Strohdach, Rohr- oder Schilf-Dach geradezu als das Ideal des dörflichen Daches zu bezeichnen. Das Strohdach zu beseitigen, ist Mode geworden; es ist vielfach Großmannstucht; es ist, meint man, der Fortschritt. Und was tritt oft an die Stelle dieser herrlichen Strohdächer? Mit das schlechteste, was man sich als Dachungsmaterial für Bauernhäuser denken kann. Dachte ich es nicht mit eigenen Augen gesehen, ich hätte es für eine böswillige Erfindung gehalten, wenn mir jemand erzählt hätte, man beginne auf dem hohen Westerwald die Strohdächer zu ersetzen (erschrecken Sie nicht) durch „Blechdächer“. Man nimmt den ehrwürdigen Alten ihren schönsten und besten Schmuck, ihren Schatz und Schirm und schließt ihnen einen Blechhut aufs ehrsame Haupt. Offenkundig greift dieses, gelinde gesagt, durch seine Sachkenntnis getriebene Gebahren nicht weiter um sich. Es ist schon schlimm genug, daß man die Strohdächer durch Schieferdächer ersetzt und zwar zumeist durch schlechte...“

Westerwald, 18. Mai. Die „Mittelstandsvereinigung“ in Dierdorf hatte in einer Eingabe an das Hofmarschallamt den Wunsch ausgesprochen, der Kaiser möge, nachdem er schon so oft der Eifel einen Besuch abgestattet habe, auch einmal den Westerwald mit einem Besuche erfreuen. Nunmehr ist vom Hofmarschallamt die Antwort eingegangen, daß der Kaiser in diesem Jahre in Verbindung mit den Herbstmanövern dem Wunsch entsprechen und dem Westerwald einen Besuch abstatten wird.

Vom Main und Taunus

Langen, 18. Mai. Nach langen und vielen Bemühungen ist es der hiesigen katholischen Kirchengemeinde endlich gelungen, für den von der Bist. Behörde als dringend notwendig anerkannten Neubau der Pfarrkirche das erforderliche Bauplanial soweit zusammenzubringen. Seit 9. März d. J. sind bereits die Baupläne bei der Polizeiverwaltung zu Langenschwalbach eingereicht. Der Bauplan stammt von Herrn Architekt F. Hummel aus Frankfurt a. M. und fügt sich vorzüglich in die Umgebung ein. Gewählt wurde der Baustil des Barockes, nämlich Renaissance. Damit dürfte der Neubau zu einer hervorragenden Zierde des altberühmten Vordachdaches werden. Die innere Ausstattung des neuen Gotteshauses hofft die Kirchengemeinde nach und nach im Laufe der Zeit zu beschaffen und zu ergänzen. Falls die erforderliche Baugeldsumme in Höhe eintritt, kann bereits in diesem Herbst, gegen Ende der Kurzeit, mit dem Neubau begonnen werden.

Lierstadt, 18. Mai. Einen schönen Verlauf nahm der gestrige Familienausflug, den der kath. Männerverein nach Kloppeheim unternommen hatte. Der Saal des Gasthauses „Zum Engel“ war bald gefüllt. Der Präses, Herr Pfarrer Lehmann, begrüßte die Gäste; er gedachte besonders des hiesigen Vorkriegsden, des Herrn Lehrers Kunz, welcher tags zuvor auf eine 25-jährige Lehrertätigkeit zurückblicken konnte. Auch ein Schüler lernte den Jubilar durch den Vortrag eines sinnreichen Gedichtes. Es wechselten in bunter Aufeinanderfolge gemeinsamer Lieder, Musik- und Gesangsvorträge, Gedichte usw. Die Jugend erhielt Preise beim Wettlauf und die erwachsene Jugend hatte genügend Gelegenheit das Tanzbein zu schwingen.

Hörsheim, 18. Mai. Ein „Schulsturm“ ist hier ausgebrochen. Wir lesen darüber im „Freit. Gen.-Anz.“: (Pfarrer oder Bürgermeister als Schulvorstand?) Einen Beschluß von prinzipieller Bedeutung faßte die Hiesheimer Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Es handelt sich hierbei um die Frage, ob der Ortspfarrer oder der Bürgermeister Vorkühner des Schulvorstandes sein solle. Bis jetzt führte den Vorsitz der erstere. Die Gemeindevertretung beschloß, beim Kultusministerium dahin vorstellig zu werden, daß an Stelle des bisherigen Schulvorstandes für Hörsheim eine Schuldeputation mit dem Bürgermeister an der Spitze bestellt werde, wie eine solche im Gesetz für Landgemeinden mit über 4000 Einwohnern vorgesehen sei. Ein früheres derartiges Gesuch war schon einmal abgelehnt worden.

Idstein, 17. Mai. (Bezirks-Schmiedetag.) Am 13. Male trat hier der Bezirks-Schmiedetag der Provinz Hessen-Rhassau, des Großherzogtums Hessen und des Fürstentums Waldeck zusammen. Die Leitung der Tagung lag in Händen des Vorsitzenden, Obermeister Kern-Wiesbaden, der mit einem Hoch auf den Kaiser, den Großherzog von Hessen und den Fürst von Waldeck die gut besuchte Versammlung eröffnete. Der vom Vorsitzenden erstattete Geschäftsbericht muß konstatieren, daß das Handwerk der Kraft, des Fleißes und der Intelligenz im letzten Jahre keinen guten Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, wenngleich es noch als arbeitsreich gelten kann. Schwer zu leiden hatte das Schmiedehandwerk unter der ständig mehr aufblühenden Automobilindustrie, die

Missionsvereinigung katholischer Frauen und Jungfrauen Deutschlands.

Missions- und ethnographische Ausstellung in Wiesbaden

vom 21. bis 24. Mai 1914, täglich von 9 bis 6 Uhr, im Gelellenhaussaal, Dohheimerstraße 24.

Die Spekulation Costa Negra

Ein Abenteuer-Roman von Gustaf Janson.

10. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Dann stand er wieder im Ballsaal. Ein einziger Blick überlegte ihm, daß die Voraussetzungen des Offiziers eingetroffen. Während auf der rechten Seite des Saals lebhaftes Gebränge herrschte, befanden sich auf der linken nur zwei ältere Matronen und sechs Herren. Unter diesen erkannte Georg sofort den blätter-narbenen Mann, der vorhin seine Aufmerksamkeit erregt hatte. Unbeweglich, wie in Bronze gegossen, stand jener ein paar Schritte vor der kleinen Schweigenden und düsteren Gruppe. Es lag etwas Rätselhaftes und Herausforderndes in seiner Haltung, und Georg bewunderte im stillen den Trost und die Festigkeit seines Auftretens.

Auf der anderen Seite wurde geplaudert, gelacht und tapfer geküßt. Die Anwesenden, ungefähr vierhundert Personen, ließen sich offenbar angelegen sein, jene kleine Gruppe und den einsamen Mann zu überleben.

Plötzlich verknümmte das Summen, ein unsichtbares Orchester spielte einen Marsch, und durch die großen, weit geöffneten Klügel-türen im Hintergrunde des Saals, schritt eine glänzende Prozession. Voran zwei Generale in goldgestickten Uniformen und ein Zeremonienmeister in einem derartig prunkenden Gewand, daß dem Gedanken vor den Möglichkeiten dieser exotischen Phantasie und Erfindungsgebe schwindelte. Hierauf kam der Präsident und hinter ihm ein Gefolge von kleinen dunkelhaarigen Herren, Offizieren und hohen Beamten, deren Uniformen an Pracht und Farben-reichtum miteinander wetteiferten. Allein der Präsident, Don Juan Alcosta, machte eine Ausnahme. Er war in Zivil, hatte aber der Einfachheit seiner Kleidung durch eine Menge Orden aufgehoben, mit denen seine ziemlich schmale Brust überlagt war. Zunächst dem Präsidenten ging der Minister des Inneren, Mayores Naguero.

Der Präsident ging mit raschen Schritten und etwas ge-stückter Haltung. Unter den Tönen des pompösen Triumpfmarsches machte er seine Runde zwischen den sich verbiegenden Gruppen. Überall tiefes Reigen, zuvorkommendes oder devotes Lächeln und in Eile gestürzte Versicherungen tiefer Ergebenheit. Don Juan Alcosta nicht gnädig oder lächelnd, je nach dem Grade der Sympathie, die ihm der betreffende Gast einflößte. Bei einem Schwarm junger Damen machte er eine Minute Halt und sagte einige Höflichkeit, die augenblicklich von Mund zu Mund flog. Alcosta lächelte gnädig. Er liebte Schneidelei und Bewunderung,

und obgleich er ohne Zweifel zu klug war, um nicht den geringen Wert dieser Scheidemünze zu kennen, nahm er sie doch mit sichtlicher Befriedigung in den Kauf. Außerdem hatte er sich's vorgenommen, bei guter Laune zu sein, und dank seiner Willenskraft ließ sie ihn nicht ohne besondere Veranlassung im Stich.

Nachdem die Runde beendet, nahm der Präsident auf einem auf einer Estrade angebrachten Sessel Platz. Hierher zitierte er durch seinen Adjutanten den einen oder anderen der Gäste, und der Geseufzte näherte sich unter tiefen Verbengungen und beantwortete die Fragen, mit denen ihn Don Juan Alcosta zu beehren gerubte.

Die Court dauerte wohl eine Stunde, nach der weder der Präsident noch die Auserwählten eine Spur von Ermüdung zeigten. Es war eine große Ehre, auf die Estrade gerufen zu werden, und die, denen es gelungen, die Unterhaltung um einige Sekunden zu verlängern, trugen den Kopf höher, wenn sie auf ihren Platz zurückkehrten.

Von seinem unbemerkten Winkel aus konnte Georg in aller Ruhe den Mann betrachten, von dem in den letzten Jahren so oft und viel die Rede gewesen. Sein Titel war Präsident, aber er wurde ebenso häufig Tyrann genannt, oder wenn man einen Mittelweg vorzog, Diktator. Ein gutes Teil der Geschichten, die über ihn kursierten, waren aus den Zeitungsredaktionen erdichtet, aber bei alledem blieb der Phantasie genügender Spielraum, um dem großen Publikum Stoff zur Unterhaltung zu liefern, falls die Privatstandale Europas gelegentlich nicht ausreichen wollten.

Juan Alcosta hatte seine Laufbahn als Diktator begonnen und sich bis zu seinem vierzigsten Lebensjahr mit diesem anpruchsvollen Amt begnügt. Aber eines schönen Tages fuhr der Hochmutstempel in ihn, und um sich über seine Kameraden und Nachbarn zu erheben, ernannte er sich selbst zum Doktor. Jemand anders hätte es auch nicht tun können, denn das Land besaß keine Universität oder dementsprechende Anstalt, und Alcosta legte sich den Titel bei. Er war ein freier Mann, und sein Tun und Lassen ging weder Belannte noch Fremde etwas an, und dem Lande war ein neuer Doktor durchaus willkommen. Das Ansehen, das ihm der Dokortitel verschaffte, war groß, und dessen Nutzen ließ sich nicht hoch genug schätzen.

Alle Dörfer, Alcaten und HalbIndianer blickten zu Alcosta auf, der schlauer und vorurteilsfreier als einer von ihnen gewesen war. „Aus dem wird noch mal was“, sagten sie zueinander, und man kann wohl annehmen, daß Alcosta derselben Meinung war. Daran hinderte ihn es bald an der Zeit, Oberst zu werden.

„Donnerpetter, der ist nicht bloß“, hieß es allgemein,

„man muß ihn sich warm halten, wer weiß, was aus dem noch werden mag.“

Sobald Alcosta überzeugt war, daß sich die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten geäußert, legte er sich die Würde eines Generals bei. Zu diesem Zweck setzte er eine Goldkette auf seinen breitkrempigen Hut und schmückte seine Beinkleider mit leuchtenden Biesen, denn es war doch zu unendlich, alle Leute mündlich von dieser Tatsache zu benachrichtigen. Im südlichen Teil von Costa Negra fiel es auch niemandem ein, seine Berechtigung anzuzweifeln, denn bei dem leisensten Mißtrauen ließ Alcosta die Pistole reden.

Damit hatte ihm die Zukunft ihre Pforten aufgetan. General Juan Alcosta, der Besitzer eines kleinen Streifens Landes, das neun Monate im Jahre unter Wasser stand, und hauptsächlich Moskosos erzeugte, war eine Macht. Im Jahre 1905 oder 1906 — die Angaben variieren, etwas alljährliches in Costa Negra — ernannte er sich selbst zum Gouverneur im südwestlichen Distrikt der Republik. Die Regierung protestierte zwar und der wirkliche Gouverneur überbrachte persönlich den Protest. Alcosta gebrauchte seine Pistole, so daß es wirklich nur noch einen Gouverneur gab. Als die Regierung sich dennoch nicht zufrieden geben wollte, marschierte Juan Alcosta an der Spitze von zweitausend Mitten, Abenteurern und Wildjägern der Küste zu. Der Präsident der Republik überlegte sich's ernstlich, imwiefern es sich lohnte, eine oder mehrere Millionen für eine Verteidigung zu opfern, deren Ausgang so ungewiß war. Er kam zu dem Schluß, daß es vernünftiger sei, das Geld für eigene Rechnung zu verwenden. Infolgedessen reiste der Präsident Alejandro Naguero nach Europa und überließ Costa Negra seinem Schicksal, d. h. Juan Alcosta. Er tat es mit um so größerer Seelenruhe, als es ihm geglikt war, aller verfügbaren Gelder der Republik habhaft zu werden.

Alcosta ernannte sich augenblicklich zum Präsidenten. Bei seiner Gewohnheit, rasch zu avancieren, war das ganz natürlich, und niemand hatte etwas anderes erwartet. Die Vertreibung des Landes begründete diesen Wechsel mit wirklicher Begeisterung. Naguero war alt und unbequem, so unbequem, daß er jeden Diebstahl bestraft, der über eine willkürlich festgesetzte Summe hinausging. Sogar die Minister durften diesen Betrag nicht überschreiten. Niemand vermied den alten Präsidenten, aber von dem neuen erwartete man Wunderdinge.

Alcosta durfte sich also als Herr des Landes betrachten, mit Ausnahme des nordöstlichen Teils, in dem die Hafenstadt Parajos der Opposition als Stützpunkt diente. Kurz und gut, sein Unternehmen glückte ihm. Als Probe der Mittel, deren sich der Präsident bediente, mag jene unheimliche Epidemie, die eine Menge

Preussischer Landtag.

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhaus.
— Berlin, 18. Mai.

Die dritte Lesung des Staats, eine Generalmutter, hat das Abgeordnetenhaus heute in Angriff genommen. An dem Ministerium steht Herr Voebell, der neue preussische Minister, um Rede und Antwort zu stehen. Und zu einer der wichtigsten Fragen von Preussens innerer Politik soll er gleich eine Erklärung abgeben: zur Wahlrechtsfrage. Wird die Regierung eine Wahlrechtsvorlage einbringen? Herr Voebell sagt „nein“, er sei kein Minister der Wahlreform. Diese Frage zieht sich durch die ganze Aussprache hin. Daneben erörtert man auch die Wahlabschlüsse der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie, der Dom von Speyer taucht auch wieder einmal in der Aussprache auf. — Morgen wird man die dritte Lesung fortsetzen.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 18. Mai.

Am Ministerium: von Voebell, Dr. Lenz.

Vizepräsident Dr. Forst eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Dritte Lesung des Staats.

(1. Tag.)

In der Generaldebatte erhält zunächst das Wort Abg. Dr. Bachmide (Sp.): So verfahren wie jetzt waren die parlamentarischen Verhältnisse nie. Man weiß noch immer nicht, was von uns noch alles aufgearbeitet werden soll. Hier wie am Königsplatz fehlt die führende Hand. Die Regierung nimmt zu wenig Rücksicht, die Arbeit ist hier angeordnet, daß wir sie kaum mehr leisten können. Die Ablehnung der Regierung bezüglich der Freikarten war direkt verlegend. Trotz der schweren Belastungsprobe des Abgeordneten scheint dem Wirtschaftlichen eine neue Blutentziehung zu drohen. Von neuem hat die Abstimmung eingeleitet; neue ungewisse Opfer werden verlangt. Diese erdenklichen Anstrengungen und furchtbaren Genüsse diskreditieren unsere auswärtige Politik. Dem Ausland kann es nicht oft genug gesagt werden, daß die Preussischen nicht das deutsche Volk, daß die echt preussischen Leute nicht das preussische Volk sind. Neben der Abstimmung geht die Resolution. Wie wird man mit einem künftigen Zolltarif Handelsverträge abschließen? Man wirkt uns das „Bündnis“ mit der Sozialdemokratie vor. Man sollte aber doch Stichwahlenabschlüssen fähig behandeln. (Lachen rechts); bei solchen Abschlüssen entscheidet die politische Situation. Alle Parteien haben schon Abkommen mit den Sozialdemokraten getroffen. Auch wir bekämpfen die Sozialdemokraten (Lachen rechts), aber nicht durch Ausnahmegerichte. Je liberaler, desto weniger! Da geht das brennende Rot in ein Rosa über. (Heiterkeit.) Wie sieht es mit der Wahlrechtsfrage? Das heutige Wahlrecht ist unbillig ein Widerspruch, ein Unrecht. Das Wahlrecht ist gerichtet, wir warten nur auf den Vollstrecker. (Lachen rechts.) Herr von Dölling ist in Straßburg, die Bahn ist frei, möge Herr von Voebell sie betreten. Für das geübte und direkte Wahlrecht ist eine sichere Mehrheit; die Regierung muß nur die Leitung übernehmen.

Abg. Herr v. Seibitz (L.): Unsere Vereine, die das Nationalbewußtsein fördern, zeigen dem Ausland, daß wir uns vor niemand fürchten. Die Fortschrittler haben drei Mandate den Sozialdemokraten überantwortet um Schäden Mandatsgewinn, und Abg. Bachmide hat den Grundplan eines grundsätzlichen Abstimmungsverfahrens ausgearbeitet. (Hebhoher Widerspruch links.) Wir müssen die Haltung der fortschrittlichen Linkspartei von unserem Standpunkt aus als einen Verrat ansehen (Große Unruhe links). Dieses Haus in seiner Mehrheit ist durchaus nicht für die Vorwegnahme der Einführung der geheimen und direkten Wahl. Der Minister, der eine solche Vorlage machen würde, würde einen ersten Mißerfolg haben. Geringe Mängel müssen freilich beseitigt werden, damit das Wahlrecht gegen ein minderwertiges, wie es das Reichswahlrecht für Preußen zweifellos sein würde, geschützt wird. Das Volkswort der Stimmen muß beim Wahlrecht zum Ausdruck kommen. Ohne einen völlig ausreichenden Plan darf die Regierung nicht vor das Haus treten.

Minister des Innern v. Voebell: Der Abg. Dr. Bachmide hat zunächst über die Stellung der Staatsregierung gegenüber der Fremdenlegation Auskunft gegeben. (Hört links: Von der Fremdenlegation ist kein Wort gesagt worden.) Wir ist so berichtet. Die französische Regierung lehnt es ab, angeworbene Deutsche zu entlassen, wenn sie das Abkommen vollendet haben. Wir versuchen, eine weitere Milderung der Entlassungsgründe durchzusetzen. Auf die Frage des Abg. Dr. Bachmide, ob ich bereit wäre, das geheime und direkte Wahlrecht vorzuschlagen, war ich sehr wohl geneigt, da ich mir vor etwa 8 Tagen erst mein Amt angetreten habe. Damit sein Zweifel möglich ist, will ich die Frage heute mit Nein beantworten. (Unruhe links.) Ich betrete mich im übrigen auf die Erklärung des Ministerpräsidenten vom 13. Januar, daß die Regierung die Initiative zur Wahlreform ergreifen werde, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen erachtet. An dieser Stellung ist durch den Eintritt eines neuen Ministers eine Veränderung nicht eingetreten. Das Wort „Wahlreform“ bedeutet eine gewisse Synthese auszuweisen. (Zustimmung rechts); es wird zum Pentagramm. Auf einem Seiten erhebt man von der Wahlreform den Anfang eines parlamentarischen demokratischen Verfahrens. Es ist wohl richtig, diese Frage ihrer Politik zu entziehen. Schon Herr Willow hat festgestellt, daß niemals beabsichtigt worden ist, eine Verfassung des Einflusses der Massen, eine Demokratisierung des Wahlrechts, vorzunehmen; man wollte vielmehr den Einfluß des Mittelstandes in Stadt und Land verfestigen. Der Versuch der Lösung durch die Wahlrechtsvorlage von 1910 ist mißlungen. Die Regierung darf aber sich in Anbetracht nehmen, in vollkommen lokaler Weise der Einführung der Ehrenrechte gerecht geworden zu sein. Die Aktion ist jedoch an dem Widerstand des Hauses gescheitert. Es muß der Regierung überlassen bleiben, wann sie eine Wiederholung ihres Reformversuches für angezeigt hält.

Nach ein persönliches Wort! Als ich vor fast 10 Jahren diesem Hause angehörte, habe ich freundliche Beziehungen zu allen bürgerlichen Parteien gehabt. Ich hoffe, daß hier ein Wandel nicht eintritt. Sie werden von mir immer ein bestimmtes, ab und zu vielleicht ein scharfes, aber nie wissentlich ein beleidigendes Wort hören. Ich werde mich stets erinnern, daß die bürgerlichen Parteien und ich einem Ziele zustreben: der Wohlfahrt des deutschen Volkes und dem Ansehen und der Macht des preussischen Staates. (Hebhoher Beifall.)

Abg. Dr. Liebschütz (Soz.): Das erste Auftreten des Ministers war sehr blamabel. (Unruhe rechts, Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Ordnung.) Er wandte sich mit seinen ersten Worten gegen Reichsgesetze, die gar nicht angefallen waren. Herr von Dölling

ist durch Herrn v. Voebell noch überdramatisiert worden. Wir wissen, woran wir sind. Jedes Kind weiß etwas von der Wahlreform, nur der Wahlrechtsminister nicht. Der Minister ist sich noch wohl zu fühlen in seiner politischen Position. (Der Redner erhält den zweiten Ordnungsruf.) Das Centrum leugnet, ein Bündnis mit den Sozialdemokraten abgeschlossen zu haben. So steht der Dom in Speyer fest, so steht fest, daß das tatsächlich der Fall ist. Auch die Konfessionen haben oft gern unsere Hilfe angenommen. Sie mögen nur an die Vorgänge in Bismarck denken. (Widerspruch rechts.) Und die Nationalliberalen werden bei der Stichwahl in Stendal doch nicht annehmen, daß die Sozialdemokraten Herrn Bachmide de Bente nur um seiner schönen Augen willen unterwerfen werden. Er wird schon unsere Stichwahlbedingungen unterschreiben müssen. Wir wollen unser Vaterland nicht wehrlos machen, wir sind nur gegen den Militarismus. Weil in dem Dreiklassenwahlrecht die reaktionären Parteien herrschen, deshalb ruft man hier immer zum Kampfe gegen uns. Den Kampf um die Wahlreform führen wir nicht gegen einen Minister, sondern gegen die Reaktion, die Konfessionen und das Centrum.

Abg. Dr. Friedberg (all.): Auch wir bedauern die Ungeheuerlichkeit über die Dispositionen hier im Hause. Auch in der Frage der Freikarten hat sich die Regierung recht unfreundlich gezeigt. Die Behandlung, die uns hier zuteil wurde, steht in schroffem Widerspruch zu dem, was ein Parlament verlangen muß. Auf die Handelspolitik will ich nicht weiter eingehen. Wir stehen fest zu unserer Schutzollgesetzgebung. Auch wir wünschen Ausbau der Wasserstraßen. Das System der Einfuhrzölle ist aber im Interesse des Ostens nicht zu entbehren. Centrum und Konfessionen haben kein Recht, den Freikartennachwuchs zu machen wegen ihrer Haltung zur Sozialdemokratie. In der Wahlenfrage ist es sehr zu bedauern, daß ohne ausreichende Garantien die Bundesratsbeschlüsse aufgehoben sind. Eine maßvolle Reform des Wahlrechts haben wir für dringend notwendig. Der Minister des Innern muß jedenfalls besonderen Einfluss auf die Beschlüsse des Staatsministeriums haben. Wenn das nicht der Fall ist, dann hätten wir besser wie im Reich einen verantwortlichen Minister. Die Verfassungsfrage erfordert, daß endlich den Verfassungen der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit wird von unserer sonst vorzüglichen preussischen Verwaltung nicht ausreichend berücksichtigt. Herr Liebschütz ist heute als Evolutionist aufgetreten. Wähler haben keine Rechte etwas sehr nach Petroleum. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß das deutsche Volk das Recht der Sozialdemokratie glänzend von sich abschütteln wird. (Beifall.)

Abg. v. Traumbach (Soz.): Ebensoviele, wie es in Preußen zu einer Wahlreform kommen wird, wird es zu einem Ausgleich der Schichten kommen. Schon vor Jahren haben wir eine Entscheidung nach der Kopfzahl der Kinder verlangt.

Abg. Graf Reiche (L.): Wir begrüßen das Auftreten des neuen Ministers und hoffen, daß er sich niemals dem Beifall der Versammlung erweiden wird. Wie wir aber das Wahlrecht denken, ist bekannt, auch wir wünschen, daß bei den Wahlen dem Mittelstand mehr Einfluss zugebilligt wird. Dr. Liebschütz ist der letzte, der das Recht hat, im Namen des deutschen oder preussischen Volkes zu reden.

Abg. Dr. v. Henckeband (Soz.): Wir haben von dem Minister eine andere Erklärung zur Wahlrechtsreform nicht erwartet, und ich wundere mich, daß Dr. Bachmide sie erwartet hat, nachdem der Ministerpräsident und der Minister des Innern erst unausgütliche Erklärungen abgegeben haben. Eine Änderung in der Stellung der Regierung kann inzwischen doch unmöglich eingetreten sein. Wir halten fest an dem letzten und letzten Wahl, den wir gegen die Demokratie in Preußen und im Reich haben. Wir warten ruhig ab und haben die Hand am Schwerte. (Hebhoher Beifall rechts.) Daß die Fortschrittler bei der letzten Reichstagswahl ihr Stichwahlabschlüssen mit den Sozialdemokraten geheim hielten, daß man die Hilfe der Sozialdemokraten und die Hilfe der bürgerlichen Beamten, das machen wir ihnen zum Vorwurf. Das Spiel geht so nicht weiter. Wir wissen jetzt, woran wir sind. Wenn Dr. Bachmide behauptet, alle bürgerlichen Parteien hätten die Unterstützung der Sozialdemokratie in den Stichwahlen erhalten, so übersteht das alles Maß. Ich frage, welche andere bürgerliche Partei das getan hat? Und wenn Sie auf die Verhältnisse im Deutschen Reich kommen, auf das angebliche Abkommen im Dom zu Speyer (Hebhoher Aufschrei: Angehörige). Ich bin nicht dabei gewesen. (Aufschrei des Abg. Bachmide: Das nächste Mal werden Sie eingeladen — Heiterkeit.) Ich kann nur sagen, daß der Einfluss, den wir Konfessionen auf die Centrumspartei haben, genau so groß ist wie der auf die Volkspartei. Die Centrumspartei ist eine selbständige Partei. Die Nationalliberalen haben in Baden nicht nur ein festes Stichwahlabschlüssen geschlossen, sondern auch ein Abkommen über die ganze parlamentarische Taktik und Behandlung der parlamentarischen Lage, was weit über das Centrumsbündnis in Baden hinausgeht. In Baden haben auch Fortschrittler und Liberale ein Bündnis mit den Sozialdemokraten geschlossen, aber auch unter unseren Mitgliedern hat es Personen gegeben, die nicht das richtige Gefühl gehabt haben, und geglaubt haben, im Interesse der Partei ein Abkommen mit der Sozialdemokratie treffen zu sollen. (Hörte links: Also doch!) Der Fall in Bismarck liegt vor unserer Haustür. Das Gesamtresultat des Herrn Dr. Bachmide zeigt von einer launenhaften Unkenntnis über die Ziele der Sozialdemokratie. Die fortschrittliche Volkspartei bezieht einen Vorstoß gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft durch die Art, wie sie der Sozialdemokratie entgegenkommt. Sie sind Realpolitiker, wie auch ich. Eine Realpolitik, das Abre Vorkommen rechts und links zerrieben wird, ist ihre Sache. Wir bedauern, daß eine Partei mit besseren Traditionen jetzt solche Wege geht.

Abg. Gerold (Lr.)

Die Schöfferei, mit der die Regierung den Antrag Dölling auf Gewährung von Freikarten angeht, hat, ich bin von sehr unangenehm empfunden worden. Noch seltsamer war die Begründung der Ablehnung. Daß die Gewährung von Freikarten in der parlamentarischen Zeit die Freikarte beschließen könnte, in dieser Auffassung kann nur ein Vertreter der Regierung kommen. (Heiterkeit.) Das Centrum hat freilich die Sozialdemokratie auf schärfste bekämpft und hat sich ein Stichwahlabschlüssen mit der Sozialdemokratie abgeschlossen. (Hörte links: v. d. Soz.) Wenn Müller-Fulda den bekannten Brief an Dölling geschrieben hat, so hat er dies auf seine eigene Klappe getan, im Widerspruch mit der Reaktion. Für das, was ein einzelner Abgeordneter getan hat, kann man das Centrum nicht verantwortlich machen. Run der

Dom von Speyer!

Am Dom hat sich überhaupt nichts abgespielt. In einem anderen Orte haben einzelne bayerische Abgeordnete, nur zu dem Zweck, um die liberale Zweidrittelmehrheit zu beschaffen, ein Abkommen mit den Sozialdemokraten geschlossen. Es war aber nicht die Partei, das Centrum steht also auch hier völlig isoliert da. (Widerspruch und Gelächter links.) Die fortschrittliche Volkspartei dagegen hat als Partei ein Abkommen mit der Sozialdemokratie geschlossen. Das haben wir nie getan! Niemals haben wir die Parole ausgegeben: Für den Sozialdemokraten! Höchstens haben wir Stimmeneinstimmung proklamiert. Wir wünschen auch, daß alle bürgerlichen Parteien im Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammenstehen. Denn die So-

zialdemokraten sind die größten Feinde des bestehenden Staates und jedes religiösen Lebens. Eine

Wahlreform

wollen auch wir, namentlich sind wir für die Einführung des geheimen Wahlrechts. Das Reichstagswahlrecht lehnen wir aber für Preußen ab, weil wir praktische Politik treiben. Schon das geheime Wahlrecht wäre ein Fortschritt, und das ist hier zu erreichen, dafür ist eine Majorität da. Freigewählte Schlichter ziehen wir aus der früheren Tätigkeit des Ministers des Innern nicht. Angenehm berührt hat uns, daß er versprochen hat, zu allen Parteien auf Beziehungen zu pflegen. Aber damit allein ist es nicht getan, man muß auch allen Parteien Gerechtigkeit widerfahren lassen. Und deshalb hoffen wir, daß der Minister volle Parteilichkeit wahrhaft, namentlich in der Befolgung von Beamtenstellen. (Beifall im Saal.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Das Haus tritt in die Spezialberatung ein. Eine Reihe kleinerer Etats wird ohne Debatte erledigt.

Dienstag 11 Uhr: Eisenbahnverwaltung, Bauverwaltung (Speyerhaus), Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

— Berlin, 18. Mai.

Nicht mehr und nicht weniger als 17 Punkte stehen auf der Tagesordnung. In einer Dauer-sitzung will man diese Punkte erledigen, um morgen die Beratungen zu Ende führen zu können. Die Hoffnung ist wenigstens vorhanden, daß morgen Mehrheitsgemacht wird. Einige Rechnungssachen werden erledigt, dann spricht man über die Vorlage über die Abänderung des Militärstrafgesetzbuches. Fünf Stunden dauert die Aussprache, schließlich — sagt man sie von der Tagesordnung ab. Drei kleinere Vorlagen werden angenommen, darauf kommt man zu dem Hauptstück der Tagesordnung, der Befolgungsvorlage. Nach längerem Hin und Her geht man an die Abstimmung. Die Befolgungsvorlage wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Jetzt liegt es an der Regierung, wie sie sich dazu stellen wird.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.

261. Sitzung, Montag, den 18. Mai.

Am Tische des Bundesrats: v. Falkenhayn. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.

Einige Rechnungssachen werden bewilligt.

Militärstrafgesetznovelle.

Die Kommission hat die Regierungsvorlage erheblich verändert. Sie hat bestimmt, daß bei Kontrollver-sammlungen das Militärstrafrecht nur während der Dauer der Kontrollversammlung gelten soll. Ferner hat sie den strengen Arrest abgeschafft. Die Regierung hat bereits diese Beschlüsse für unannehmbar erklärt.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Die Heeresverwaltung hat sich bei dem vorliegenden Entwurf besonders bemüht, ein technisch-gesetzliches einwandfreies Werk zu liefern. Nachdem die Vorlage das Feuer der Kom-missionsberatung überstanden hat, erkenne ich zwar mein Amt nicht wieder. (Heiterkeit.) Gegen die Tech-nik sind allerdings keine Einwendungen erhoben wor-den. Es sind aber eine Reihe von Unklarheiten in den Entwurf hineingekommen. Die Kommission hat den strengen Arrest beseitigt, sogar bei Geborsam-verweigerung vor versammelter Mannschaft. Wir würden in der Praxis damit zu unbilligen Zuständen kommen. Ferner wurde beschlossen, daß bei Kontrollver-sammlungen die Mannschaften nur während der Dauer der Kontrollversammlung dem Militärstrafrecht unter-worfen sollen. Auch hier hat die Kommission allerlei Zweifel offen gelassen. Wer den Faschismus objektiv gegenüberstellt, wird mir bestimmen müssen, daß es den verbündeten Regierungen unmöglich sein wird, schon aus rein formalen Gründen einen mit solchen Zweifeln behafteten Entwurf auszuweisen. Er müßte während des Sommers von den Unklarheiten be-freit und im nächsten Jahr wieder vorzulegen werden. Die Jede würde dabei lediglich die armen Soldaten tragen, denen der Regimentsanführer greifbare Mil-derung bringen sollte. Wir haben aber auch neben den formalen

erhebliche sachliche Bedenken.

Die Streichung des strengen Arrestes ist ganz un-gegründet. Er ist notwendig zur Erhaltung der Diszi-plin. Manche Elemente im Heere müssen scharf angefaßt werden. Wir brauchen unbedingt eine strengere Straf-ort als den Militärstraf. Wir halten aber den Grund-satz hoch, daß für wahre Disziplin nicht in erster Linie durch Strafen, sondern durch Erziehung geformt werden muß. Diese Strafen müssen die Ausbildung möglichst wenig stören, sie dürfen nicht entbehren, sollen aber lösbar sein. Das gilt für den strengen Arrest. Ab-schaffen müssen wir auch die Forderung, daß bei Kon-trollversammlungen das Militärstrafrecht nur für die Dauer der Kontrollversammlung gelten soll. Die so-zialdemokratischen Anträge, die die Straffreiheit einer sofort erwiderten Verleumdung oder Körperverletzung fordern, und die die Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes befähigen wollen, sind nicht ernst zu nehmen. Auch der Antrag Dr. Müller-Meiningen, der bei Fahnenflucht im Komplotz die Mindeststrafe von einem Jahr auf einen Monat verringern will, ist nicht annehmbar. Darum bitten wir Sie, diese An-träge und die Kommissionsbeschlüsse abzulehnen und die Regierungsvorlage nach dem Antrag Dr. v. Goller wieder vorzulegen. Die Verhandlung für eine Ver-änderung oder ein Einverständnis des Aufstehens kom-met den vorliegenden Geseßes kann niemals der Heeresverwaltung zur Last gelegt werden.

Abg. Stadthaus (Soz.) begründet die sozialdemo-kraftischen Anträge. Der strenge Arrest ist eine barba-rische Strafe, die einzig in der Welt dasthet. Der Sol-dat muß das Recht der Notwehr haben. Wenn bedarf es der geistlichen Rechtfertigung, daß die Soldaten des Deutschen Reiches nur während der Dauer der Kon-trollversammlung und nicht während des ganzen Tages der Militärgerichtsbarkeit unterliegen. (Beifall.) Sie we-nigstens bis zur dritten Lesung fest (Heiterkeit.)

Abg. Schupp (Lr.): Der inhumanste strenge Arrest wirkt nicht befriedigend, sondern verblüffend. Militärstraf-recht aus. Der erhebliche Wert der Kontrollversammlungen bleibt erhalten, auch wenn die Militärgerichts-barkeit sich nur auf die Zeit der Versammlungen selbst be-schränkt.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Geistliche Strafen werden nicht in die zweite Klasse verlegt, sondern aus dem Militärverhältnis entfernt. Wenn jemand un-lustig ist, den strengen Arrest nicht zu vertragen, so wird die mildere Strafe über ihn verhängt.

Abg. Dr. von Goller (all.): Das Militärstrafrecht ist reformbedürftiger als irgend ein anderes. Eine Re-form ist aber erst möglich nach einer Reform des bür-gerlichen Rechts. Verbesserungen würde ich begrüßen. Aber nach den Erklärungen des Kriegsministers beantraue ich

Wiederherstellung der Regierungsvorlage, da man mehr zu erreichen ist. (Unruhe.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Den verbündeten Regierungen ist es unmöglich, andere Vorschläge anzu-nehmen, als diejenigen, die der Vordrucker eben vorzu-tragen hat.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Noch so Grabe pflanze ich die Hoffnung auf. (Heiterkeit.) Die Regierung übernimmt mit ihrem Unannehmbar eine große Verantwortung. Ein solcher Stimmkreis ist un-greiflich. Scheitert die Vorlage, so werden wir im Herbst einen Initiativantrag einbringen. Hoffentlich werden alle Parteien ihn unterschreiben, mit Ausnahme der Rechten, die ja dafür kein Verständnis hat. Es ist erklärlich, in welchem Tone der Kriegsminister sprach. Männer wie Goller und Winterhagen haben mit aller Entschiedenheit gegen den Barockismus und gegen den Faschismus gekämpft. Solche Strafen passen ein Soldatenkörper, nicht aber für das untere Volk.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Hier handelt sich nicht um eine Stimmungsfrage, sondern um eine Ver-nunftfrage. Die der Kreis der Vorgesetzten Kontrollversammlungen eingeschränkt werden soll, weiß ich noch nicht. Das kann nicht vom grünen Tisch aus ent-schieden werden. Sonst entstehen Bestimmungen wie in der Erturt mit unheilvollen Folgen. Sie können einem Verwaltungsakt nicht verlangen, daß er in ein solches Abenteuer führt. Die Regierung ist mit der Vorlage freitwillig und ohne Anhang ge-kommen. Sie hat ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie jede mögliche Erleichterung durchzuführen will. Meine Behandlung der Frage des strengen Arrestes hat das Vertrauen des Dr. Müller erregt. Ich bin in der parlamentarischen, aber es ist mir unerfindlich, was mei-nen Ausführungen nicht angemessen sein sollte. Ich kann nur bitten, die Art der Behandlung dieser Frage zu überlassen. (Beifall rechts, Lachen links.) Ich hoffe, daß die große Mehrheit des Hauses die Re-gierungsvorlage wieder herstellen wird. (Beifall rechts.)

Abg. von Voebell (Soz.): Wir wollen über die ge-neralsvorlage nicht hinausgehen. Man sollte in der Kommission, jetzt könne ein sozialdemokratischer Abge-ordneter am Kontrolltag nicht einmal einen Artikel überre-chen. Das ist erschrecklich. Es sollte alle Tage Kontroll-tagung sein. (Heiterkeit.) Bei den Strafen und bei den Strafen, aber gerecht! Es wäre bedauerlich, wenn die Vorteile der Vorlage der Armee nicht kämen.

Abg. Mertin (Sp.): Wir sind mit der Regierungsvorlage einverstanden. Die Strafen sollen streng, aber kurz sein.

Abg. Schäfers (Soz.): Die Brüllstrafe ist ab-schafft, so muß es auch mit dem strengen Arrest ge-hen. Wo bleibt die Statistik über die verurteilten strengen Arreststrafen?

Abg. Hehenbach (Lr.): Die Schwierigkeit der gesetzgeberischen Arbeit zeigt sich recht deutlich bei der notwendigen Reform. Es handelt sich nicht um ein so-folles, sondern um die Frage: Ist es klug, daß der der gekerkerten Soldaten auf seinen Anträgen harret. (Beifall links — Unruhe links.) Wir haben in geistlichen Mittel, um auf die Regierung einzuwirken. Die Vorlage bringt zweifellos Vorteile. Sollen diese fallen lassen?

Abg. Bachmide (Sp.): Wir müssen uns entschließen, dagegen zu bestehen, daß von der der Erturt als einem Abenteuer gesprochen wird. Das ganze Ge-setz mit Ausnahme von ganz wenigen Konfessionen ist ihr zugewandt. Die Ausführungen Hehenbachs sind recht bedenklich. Die Militärstrafen sind auf allen Seiten des Hauses.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Jeder Mann, in Arrest geführt wird, wird untersucht. Es ist wohl erwogen worden, ob man in der Milderung der Strafe nicht weiter gehen kann. Das ist mög-lich, bevor nicht die allgemeine Neubearbeitung der Strafrechts durchgeführt ist. Schließen Sie sich der Heeresverwaltung an. Jetzt ist weiter nichts zu tun, als den Regimentsanführer anzunehmen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Wir wollen die Vorlage auch ohne andere Konfessionen die Ver-änderungen annehmen; aber die Art des Arrestes muß nicht und die Entscheidung schwer. Wir wollen die Zustimmung, als ob wir etwa die Diszi-plin der Armee untergraben wollten, entscheiden. Unter den Ausführungen des Ministers steht eine gewis-sige Zustimmung. (Heiterkeit.)

Abg. von Brockhausen (Soz.): Sie bestreiten über Dauerhaftigkeit und legt die Volkspartei schon dreimal abgelehnt. Wir sind für die Regierungsvorlage.

Abg. Gröber (Lr.): Die Entwürfe des Ge-setzes haben eine neue Situation geschaffen und be-antragen daher die Vorlage abzulehnen. Die Vorlage wird gegen die Rechte beschützt. Die „neue“ Verfassungsordnung für Frauen und die sozialdemokratische Entschlossenheit, den Verkauf von geistlichen Seelen und alkoholisierten Getränken in der richtungsgebunden zuzulassen, abgelehnt.

Befolgungsvorlage.

Abg. Ebert (Soz.): Wenn die Vorlage abgelehnt würde, werden wir bei der dritten Lesung des einmahligen Zusage für die Landbriefträger beantragen.

Abg. Dr. Spahn (Lr.): Die ganzen Bestimmungen des Kompromissantrages sind inhaltlos, wenn er unser Antrag angenommen wird. Er bringt eine Zeitnahme für die Regierung. Was andere An-träge, kann für uns nicht ausschlaggebend sein. Wenn wir im Landtage bereits eine Befolgungsvorlage, die unabhängig von uns ihren Weg geht, so kann der Gründe des Staatssekretärs nicht würdigen. Ich kann unseren Antrag anzunehmen und dann abstimmen, ob der Bundesrat den Rat hat, die Vorlage abzu-lassen. Er wird dann die Verantwortung zu tragen haben. (Beifall.)

Schaffmeister Ruhn: Für uns sind nicht nur finanzielle Rücksichten maßgebend. Wir wollen ge-nügend, den geborenen Unterbeamten auch ein höf-liches Gehalt zu geben. Das kann aber jetzt nicht ge-schehen. Wir wollen auch andere Gruppen angezogen werden. Der Antrag Spahn geht daher über die bisherige Juragend hinaus. Ich kann Ihnen ver-sichern, daß die Regierungen mit diesem Antrag den Gesetzentwurf nicht annehmen (Beifall im Hause im Centrum: Ungehört.)

Abg. Schiffer-Magdeburg (all.): Die Vorlage der Regierung hat etwas sehr Notwendiges gebracht. Konflikt ist nur dadurch entstanden, daß sie hätte enthalten können. Die Befolgung der Unterbeamten muß verfestigt werden. Es ist eine politische und geistliche Verpflichtung, soviel wie möglich für sie zu-zuhören. Durch die Ablehnung der Vorlage würde die Beamten schwer geschädigt. Wir wollen praktische Politik treiben. Darum bitten wir um Annahme des Antrages. (Beifall.)

Abg. Rüdten (Lr.): Spricht für das Kompromiss-Verständnis. Der grundlegende Teil des Kompromissantrages wird im Hammerspruch mit 152 gegen 149 Stimmen abgelehnt. Die anderen Teile des Kompromissantrages werden zurückgezogen, auch der Antrag Spahn. In der Gesamtabstimmung wird dann die Vorlage nach den Beschlüssen zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Dienstag 10 Uhr, dritte Lesungen, Wahlrechts-vorlage, dritte Lesung des Staats, Schluß 5 1/2 Uhr.

KNORR

In der kleinsten Küche wie im feinsten Haushalt verwendet man jetzt **Knorr-Suppenwürfel**. Hervorragender Geschmack und große Ausgiebigkeit bahnen ihnen den Weg.

48 Sorten wie: Suppen, Eintöpfe, Nudeln, Fleischbrühen. 1 Würfel 3 Liter 10 Pfg.

